

Anders als einst im Fall Südafrikas wird die Apartheid im Fall Israels von der Welt toleriert

Amjad Iraqi, 972mag.com

Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, in der Südafrikas Verfassung von 1983 abgelehnt wird, zeigt auf, dass es einen Präzedenzfall und die Notwendigkeit gibt, etwas gegen Israels Nationalstaatsgesetz zu tun.

In einem Referendum entschieden sich die weißen Wähler des Apartheidstaats Südafrika am 2. November 1983 für eine neue Verfassung, um ihr politisches System umzustrukturieren. Die Exekutive wurde dem Präsidentenamt zugesprochen und zudem ein Dreikammerparlament gebildet, wodurch Farbige und Inder separat repräsentiert waren und die Weißen die parlamentarische Mehrheit hatten. Nicht-Weiße wurden in verschiedene öffentliche Ämter berufen und einige wirtschaftliche und soziale Beschränkungen aufgehoben. Schwarze blieben selbstverständlich vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen.

Als die israelische Knesset vor einem Jahr das „Jüdische Nationalstaatsgesetz“ verabschiedete, erklärte sie praktisch die Apartheid zum Verfassungsrecht des Landes.

Die Befürworter dieser Reform hofften, dass die Apartheid damit leichter aufrechterhalten werden könnte, da sie die wachsende Opposition im In- und Ausland beschwichtigen würde. Das war nicht der Fall. Im folgenden Jahr erklärte der UN-Sicherheitsrat die neue Verfassung mit der Resolution 554 für „null und nichtig“ (13 Länder stimmten dafür, die USA und Großbritannien enthielten sich).

Der Rat bestätigte die „Legitimität des Kampfes... für die Beseitigung der Apartheid“ und machte der Verfassung zum Vorwurf, dass es ihr Ziel sei, „den Prozess der Entnationalisierung der indigenen afrikanischen Mehrheit fortzusetzen, ihr alle Grundrechte zu entziehen, die Apartheid weiter zu verfestigen und Südafrika somit in ein Land nur für ‚Weiße‘ zu verwandeln“.

Die Resolution ging so weit, „jede so genannte ‚Verhandlungslösung‘ auf der Grundlage von Bantustan-Strukturen“ oder der neuen Verfassung abzulehnen. Sie appellierte an Regierungen und Organisationen, die Wahlen von 1984 (die ersten im Rahmen des Dreikammersystems) nicht anzuerkennen und die Umwandlung Südafrikas in eine Demokratie ohne Rassenschranken zu unterstützen. Kurz gesagt, die Welt kaufte Pretoria die Bemühungen, sein Regime zu beschönigen, nicht ab. Die Apartheid musste verschwinden.

Als die israelische Knesset vor einem Jahr das „Jüdische Nationalstaatsgesetz“ verabschiedete, erklärte sie praktisch die Apartheid zum Verfassungsrecht des Landes. Doch die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft sind wohl kaum vergleichbar mit denen vor 35 Jahren im Fall Südafrikas. Diese laue Reaktion ist in Anbetracht der Wichtigkeit des neuen Gesetzes beunruhigend. Unter anderem wird darin erklärt, dass das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat nur den Juden zusteht; es degradiert das Arabische von seinem Status als Amtssprache; und es fördert die

ausschließlich jüdische Besiedlung als „nationalen Wert“. Diese Diskriminierung existiert schon seit 1948 in den Maßnahmen der Regierungen und sonstiger Gesetzgebung; aber jetzt, als verfassungsmäßiger Kompass, schränkt sie die Kanäle weiter ein, die es innerhalb des Staates - insbesondere für palästinensische Bürger - noch gibt, um diese Praktiken infrage zu stellen.

Und was noch gefährlicher ist: Das Gesetz konsolidiert eben das Regime, das alle Palästinenser auf beiden Seiten der Grünen Linie unterdrückt. Angespornt durch die Unterstützung der israelischen Hoheitsgewalt über Ostjerusalem und die Golanhöhen seitens der US-Regierung treibt die Knesset eine Gesetzgebung voran, die zum Ziel hat, Siedlungen und weitere Gebiete palästinensischen Landes zu annektieren, wodurch die Rechtshoheit des Grundgesetzes bis tief in die besetzten Gebiete ausgedehnt würde. Auch ohne offizielle Annexion sichert die israelische „Dauerbesatzung“ bereits die jüdische Vorherrschaft zwischen dem Fluss und dem Meer und erfüllt damit den Zweck des Gesetzes.

Alles in allem ist das politische Regime Israels eine frappierende Wiedergeburt des südafrikanischen Modells von 1983. Es bietet den palästinensischen Staatsbürgern Israels unter dem Deckmantel der Demokratie das Wahlrecht und entrechtet gleichzeitig die Mehrheit, die unter der Herrschaft des Staates leben. Es maximiert die Privilegien und Lebensräume jüdischer Bürger, während es die Palästinenser in abgetrennte, pseudoautonome Enklaven zersplittert und einsperrt.

Und doch wäre eine Resolution wie 554 trotz all dieser ähnlichen Merkmale - die die Palästinenser schon lange, bevor das Nationalstaatsgesetz überhaupt existierte, aufgezeigt hatten - heute undenkbar. Die Welt hat Israel im Gegensatz zu Südafrika längst eine Ausnahmegenehmigung erteilt, damit es mit seiner eigenen Form der Apartheid fortfahren kann.

Weit davon entfernt, die gesetzliche Hierarchie bei jüdischen und palästinensischen Staatsbürgern zu hinterfragen, fühlen sich führende ausländische Politiker dazu verpflichtet, Israels „jüdischen Charakter“ und seine demographische Überlegenheit in Schutz zu nehmen. Anstatt die Machtdynamik, auf dem der Status quo beruht, anzufechten, kleben die Regierungen an einem Friedensprozess, der einen palästinensischen Staat in Bantustans verwandelt hat. Anstatt die Legitimität des Kampfes für ein Ende der Besatzung zu stärken, verurteilen gesetzgebende Körperschaften wie Parlamente jegliche gewaltfreie Aktion und Kritik an Israel als antisemitisch.

Die Geschichte zeigt allerdings, dass es einen Präzedenzfall für die Notwendigkeit internationalen Handelns gibt. Statt anlässlich des Wahltags am 17. September das Lob auf die israelische „Demokratie“ nachzubeten, sollten die Regierungen lautstark darauf hinweisen, dass mehr als die Hälfte derer, die dem Staat angehören bzw. unterstellt sind, in dem Regime, das sie regiert, nichts zu sagen haben. Sie sollten das Nationalstaatsgesetz ablehnen und Bemühungen um den Aufbau einer demokratischen Zukunft ohne Rassismus und auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit unterstützen - so wie es die Resolution 554 tat. Heute wie vor drei Jahrzehnten sollte die Botschaft der Welt klar und deutlich sein: **Die Apartheid muss weg.**

26.07.19

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://972mag.com/israel-no-exception-apartheid/142412/>